

Zu Punkt **der Tagesordnung**

Interfraktioneller Antrag		0075/2009 öffentlich 27.01.2009
Datum	Gremium	Antragsteller/in
Ö 19.02.2009	Ratsversammlung	Wolfgang Schulz, SPD-Ratsfraktion Ratsherr Rahim, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Ratsfrau Danker, SSW
Betreff: Einrichtung eines Integrationsmonitorings zur Messung der Integrationserfolge oder -misserfolge in der LH Kiel		

Antrag:

Die Oberbürgermeisterin wird aufgefordert, für den jährlichen Integrationsbericht der LH Stadt Kiel ein Integrationsmonitoring aufzubauen, das erstmalig mit der Vorlage des Integrationsberichtes 2009 zur Anwendung kommt.

Mit der Vorlage des Integrationsberichtes 2008 in diesem Jahr soll ein Vorschlag für ein Integrationsmonitoring vorgelegt werden. Dabei sollen die freien Trägern, das Forum für Migrantinnen und Migranten, sowie die Migrantenselbstorganisationen einbezogen werden.

Als Grundlage können das Wiesbadener Modell und die Empfehlungen der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement, KGST dienen.

Geprüft werden soll, inwieweit Fachhochschule und CAU an der Erstellung der Indikatoren und Kennzahlen beteiligt werden können.

Dem Ausschuss für Soziales, Wohnen und Gesundheit ist vierteljährlich über den Fortschritt des Aufbaus des Integrationsmonitorings zu berichten.

Begründung:

2004 lebten in der LH Kiel rund 20.000 Migrantinnen und Migranten mit ausländischem Pass, ein Anteil von 9% der Wohnbevölkerung. Bis dahin gab es allerdings keine Aussage über die Anzahl der Menschen mit Migrationshintergrund, wozu auch alle Personen zählen, die mittlerweile eingebürgert, im Ausland geboren wurden, wie z.B. die Gruppe der Spätaussiedler, aber auch Kinder aus binationalen Ehen. Ende 2006 lebten in der LH Kiel rund 34.700 Menschen mit Migrationshintergrund (Sozialbericht 2007 des Amtes für Familie und Soziales, S. 7). Dies entspricht einem Anteil von 15% der Kieler Bevölkerung. So ist Kiel bunter

und vielfältiger geworden, zugleich nehmen die Anstrengungen zur Integration aber auch zu.

Analog zu Bestrebungen auf nationaler Ebene mit dem NIP ist es notwendig, dass die beschlossenen Integrationsmaßnahmen der LH Kiel mit insgesamt 113 Empfehlungen und die kommunale Selbstverpflichtung im Rahmen des NIP auf ihren konkreten Erfolg hin überprüft werden muss.

Aus diesem Grund ist es eine wichtige Aufgabe der „neuen Integrationspolitik“, ein „Integrationsmonitoring“ einzuführen. Mit seiner Hilfe sollen die „gelungenen“ aber auch „mislungenen“ Integrationsprozesse sichtbar gemacht werden.

Kommunale Integrationspolitik ist eine Querschnittsaufgabe. Daher sollen alle Ämter an den Integrations- und Monitoringprozessen beteiligt werden.

Gez. Ratsherr Wolfgang Schulz f.d.R.

Gez. Ratsherr Sharif Rahim f.d.R.

Ratsfrau Antje Danker